

Stadt Bramsche

**Protokoll
über die 26. Sitzung des Rates
vom 01.07.2021**

**Turnhalle der Hauptschule/Realschule, Heinrichstraße 7, 49565 Bramsche. Eingang von der
Maschstraße über den Schulhof durch die Seitentür.**

Anwesend:

Bürgermeister

Herr BGM Heiner Pahlmann

Mitglieder SPD-Fraktion

Herr Helmut Bei der Kellen

Herr Ralf Bergander

Herr Stephan Bergmann

Frau Roswitha Brinkhus

Herr Maximilian Busch

Frau Annegret Christ-Schneider

Herr Karl-Georg Görtemöller

Frau Anke Hennig

Frau Ute Johannis

Herr Richard Keib

Herr Klaus Kossak

Herr Christian Lübbe

Frau Anette Marewitz

Herr Winfried Müller

Herr Oliver Neils

Herr Torsten Neumann

Herr Josef Riepe

Frau Silke Schäfer

Herr Horst Sievert

Mitglieder CDU-Fraktion

Herr Gert Borcharding

Herr Jan-Gerd Bührmann

Herr Rainer Höveler

Herr Heiner Hundeling

Frau Imke Märkl

Frau Elisabeth Nagels

Herr Andreas Quebbemann

Herr Ernst-August Rothert

Frau Katrin von Dreele

ab TOP 9, 18.35 Uhr

Mitglieder Fraktion B 90/DieGrünen

Herr Robert Goda

Herr Michael Kruse

Frau Barbara Pöppe

Herr Dieter Sieksmeyer
Frau Miriam Thye

Mitglieder FDP-Fraktion

Herr Jürgen Kieseckamp
Frau Anette Staas-Niemeyer
Frau Anke Wittemann

Verwaltung

Herr LSBD Hartmut Greife
Frau Mechthild Koldeweihe
Herr Klaus Sandhaus
Herr Wolfgang Stiegemeyer
Frau Maria Stuckenberg
Herr Wolfgang Tangemann
Herr ESTR Ulrich Willems

Protokollführerin

Frau Esther Lüßenheide

Abwesend:

Mitglieder CDU-Fraktion

Frau Monika Bruning
Herr Sascha Kollenberg

Beginn: 18:03

Ende: 19:26

Tagesordnung:

- 1 Feststellung der Beschlussfähigkeit
- 2 Ergänzung/Feststellung der Tagesordnung
- 3 Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 25.03.2021
- 4 Bericht des Bürgermeisters
- 5 Einwohnerfragestunde
- 6 Besetzung der Ratsausschüsse und der Ausschüsse nach besonderen Rechtsvorschriften und Benennung der Vertreter der Stadt in Verbänden, Vereinen, Unternehmen und sonstigen Institutionen WP 16-21/1015
- 7 CDU-Antrag Einfamilienhäuser WP 16-21/0987
- 8 Antrag CDU auf Errichtung eines Dirtparks in Bramsche WP 16-21/1005
- 8.1 Antrag CDU auf Errichtung eines Dirtparks in Bramsche WP 16-21/1005-1
- 8.2 Antrag CDU auf Errichtung eines Dirtparks in Bramsche WP 16-21/1005-2

- | | | |
|------|---|-----------------|
| 9 | Antrag des Orsrates Lappenstuhl auf Bereitstellung von Planungskosten und des städtischen Eigenanteils für den Radweg Lappenstuhl/Wittenfelde | WP 16-21/1007 |
| 10 | Radverkehrstauglicher Ausbau des Betriebsweges am Stichkanal Osnabrück | WP 16-21/0986 |
| 11 | Bebauungsplan Nr. 99 „Südlich des Mittellandkanals“, 3. Änderung
- Satzungsbeschluss gem. § 10 Baugesetzbuch (BauGB) i.V.m. § 13a BauGB
- Bezugsvorlagen: WP 16-21/0540 u. WP 16-21/0792 | WP 16-21/0995 |
| 12 | Bebauungsplan Nr. 174 "Gartenweg" mit örtlichen Bauvorschriften
- Satzungsbeschluss gem. § 10 Baugesetzbuch (BauGB) i.V.m. § 13a BauGB
- Bezugsvorlage WP 16-21/0626, WP 16-21/0783, WP 16-21/0783-1, WP 16-21/0903 und WP 16-21/0967 | WP 16-21/1002 |
| 13 | Städtebauförderung Wachstum und nachhaltige Erneuerung "Bramsche - Bahnhofsumfeld"
Hier: Grundsatzbeschluss "Masterplan Bahnhofsumfeld" | WP 16-21/1010 |
| 13.1 | Städtebauförderung Wachstum und nachhaltige Erneuerung "Bramsche - Bahnhofsumfeld"
Hier: Grundsatzbeschluss "Masterplan Bahnhofsumfeld" | WP 16-21/1010-1 |
| 14 | Städtebauförderung Wachstum und nachhaltige Erneuerung "Bramsche - Erweiterung Bahnhofsumfeld"
Hier: Bewilligung der vorbereitenden Untersuchungen gem. § 141 Baugesetzbuch (BauGB) | WP 16-21/1009 |
| 15 | Beantwortung von Anfragen | |
| 16 | Anfragen und Anregungen | |
| 17 | Einwohnerfragestunde | |

TOP 1 Feststellung der Beschlussfähigkeit

RV Brinkhus begrüßt die Anwesenden und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

TOP 2 Ergänzung/Feststellung der Tagesordnung

Ergänzungen zur Tagesordnung liegen nicht vor.

TOP 3 Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 25.03.2021

RV Brinkhus lässt über die Genehmigung des öffentlichen Teils des Protokolls vom 25.03.2021 abstimmen.

Abstimmungsergebnis: 36 Stimmen dafür
0 Stimmen dagegen
0 Enthaltungen

TOP 4 Bericht des Bürgermeisters

BGM Pahlmann teilt mit, dass die Verwaltung am 22.03.2021 einen Antrag auf Finanzhilfen zur Verbesserung der Verkehrsverhältnisse in den Gemeinden entsprechend des niedersächsischen Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetzes (NGVFG) gestellt habe. Es gehe um den Ausbau der Nordtangente zwischen den beiden Kreiseln an den Kreisstraßen 150 und 147. Die Ausbaurkosten für Fahrbahnerneuerung und Radweg wurden mit 1.383.000,00 € geschätzt. Die Stadt habe mit Datum vom 24.06.2021 von der niedersächsischen Landesbehörde für Straßenbau in Oldenburg einen Bescheid mit Aufnahme in das Mehrjahresprogramm erhalten. Das beantragte Vorhaben soll vorbehaltlich der Bereitstellung von Mitteln mit 60 %, also rd. 830.000,00 € gefördert werden. Es verbleibe ein städtischer Anteil von rd. 553.000,00 €. Die Landesbehörde für Straßenbau habe noch keine Aussage zu Auszahlungszeitpunkten einzelner Raten machen können.

TOP 5 Einwohnerfragestunde

Ein Bürger möchte hinsichtlich des vorgestellten Masterplanes wissen, ob es ein übliches Vorgehen sei, Pläne vorzunehmen die so nicht mit den Bürgern abgesprochen wurden, weil es da noch Änderungen geben werde.

LSBD Greife erklärt dazu, dass es sich bei dem Masterplan um einen Rahmenplan handele, also noch nicht um einen Bebauungsplan oder eine verbindliche Vorgabe für einzelne Eigentümer. Es sei noch keine planerische Überlegung mit durchgearbeiteten Vorschriften. Es werde wie bei jeder Sanierung so gehandhabt werden, dass über die einzelnen Bauwünsche des jeweiligen Grundstückseigentümers gesprochen werde.

TOP 6 Besetzung der Ratsausschüsse und der Ausschüsse nach WP 16-21/1015 besonderen Rechtsvorschriften und Benennung der Vertreter der Stadt in Verbänden, Vereinen, Unternehmen und sonstigen Institutionen

Beschlussvorschlag:

Der Rat stellt folgende Änderungen der Besetzungen gem. § 71 Abs. 5 NKomVG fest:

Gremium	Mitglied	Vertreter
Verwaltungsausschuss	Herr Josef Riepe	Herr Richard Keib
Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft und Personal	Herr Josef Riepe	
Ausschuss für Feuerwehr und Ordnung	Herr Richard Keib	
Ausschuss für Schule und Kultur	Herr Richard Keib	

Ausschuss für Soziales und Sport	Herr Richard Keib	
Ausschuss für Stadtentwicklung und Umwelt	Herr Josef Riepe	Herr Richard Keib

Im Übrigen bleiben die Besetzungen der Ausschüsse unverändert.

ESTR Willems erläutert kurz die Vorlage.

RV Brinkhus lässt über den o.g. Beschlussvorschlag abstimmen.

Abstimmungsergebnis: 36 Stimmen dafür
 0 Stimmen dagegen
 0 Enthaltungen

TOP 7 CDU-Antrag Einfamilienhäuser

WP 16-21/0987

RM Bergander erläutert kurz die Vorlage.

RM Quebbemann erläutert ausführlich den Hintergrund der Antragstellung. Es herrsche in Bramsche eine große Nachfrage nach Bauplätzen für Einfamilienhäuser und daher wäre es sehr wichtig ein Zeichen zu setzen, indem bereits im Zuge der Bauleitplanung von Verboten hinsichtlich der Errichtung von Einfamilienhäusern Abstand genommen werde.

RM Neils stellt klar, dass niemand plane, die Errichtung von Einfamilienhäusern zu verbieten. Insofern sei diese Antragstellung überflüssig. Seine Fraktion werde aber weiterhin eine Baupolitik unterstützen, die alle unterschiedlichen Bauvorhaben der Bürgerinnen und Bürger in der Stadt Bramsche berücksichtige.

RM Sieksmeyer erklärt, dass seine Fraktion zu keiner Zeit ein Verbot von Einfamilienhäusern gefordert habe, wie von der CDU-Fraktion in ihrem Antrag behauptet. Seine Fraktion spreche sich dafür aus, dass nicht nur eine Zielgruppe bei der Planung berücksichtigt werde, sondern man sich nach der demografischen Entwicklung richten müsse. Es gelte auch Angebote im sozialen Wohnungsbau zu schaffen, da die Anzahl der mitpreisgebundenen Wohnungen im Landkreis bis 2023 auf null gesunken sein würde. Für die Zukunft brauche man daher auch in den Ortsteilen moderne städtebauliche Entwürfe, die attraktive Wohnquartiere, mit einem Mix aus Einfamilienhäusern, Doppelhaushälften und Reihenhäusern, schaffen. Idealerweise bräuchten diese Wohngebiete gleichzeitig auch immer ein energetisches Konzept mit einer Nahwärmeversorgung.

RM Staas-Niemeyer hält den vorgelegten Antrag für vollkommen überflüssig und lediglich für eine Wahlkampfaktik. Daher werde ihre Fraktion diesen auch ablehnen. Inhaltlich sehe sie jedoch hin und wieder Bestrebungen, sehr auf verdichtete Mehrfamilienhausbebauung zu setzen. Wenn es angebracht erscheine werde ihre Fraktion daher in künftig aufzustellenden Bebauungsplänen versuchen, die Möglichkeiten für Einfamilienhäuser zu prüfen und zu realisieren.

RM Quebbemann möchte von der Verwaltung wissen, ob es nicht ein mittelbares Verbot zur Errichtung von Einfamilienhäusern sei, wenn in Bebauungsplänen zum Beispiel eine zwingende Geschossigkeit aufgenommen oder Reihenhäuser vorgeschrieben werden. In diesen Bereichen sei es nicht möglich, Einfamilienhäuser zu bauen. Daher wäre die Behauptung falsch, dass niemand vor habe Einfamilienhäuser zu verbieten.

RM Riepe hält den Beitrag seines Vorredners für reinen Wahlkampf. Denn natürlich sei in einem Bebauungsplan die Art der Bebauung festzulegen. Es könne dann auch vorkommen, dass in einem Bereich beschlossen werde, das dort Mehrfamilienhäuser gebaut werden sollen. Er glaube nicht, dass in Bramsche neugebaute Mehrfamilienhäuser leer stehen. Der Bedarf an solchen Häusern sei demnach genauso da, wie der an Einfamilienhäusern. Der Bereich oben auf dem Bramscher Berg sei zum Beispiel überwiegend mit Einfamilienhäusern bebaut. Man müsse in jedem Bebauungsplan auf Neue festlegen, was in diesem Bereich notwendig und sinnvoll erscheine.

RV Brinkhus lässt über den Antrag der CDU-Fraktion abstimmen.

Abstimmungsergebnis: 11 Stimmen dafür
 25 Stimmen dagegen
 0 Enthaltungen

- | | | |
|---------|---|-----------------|
| TOP 8 | Antrag CDU auf Errichtung eines Dirlparks in Bramsche | WP 16-21/1005 |
| TOP 8.1 | Antrag CDU auf Errichtung eines Dirlparks in Bramsche | WP 16-21/1005-1 |
| TOP 8.2 | Antrag CDU auf Errichtung eines Dirlparks in Bramsche | WP 16-21/1005-2 |

RM Bergander erläutert kurz die Vorlage.

RM Sieksmeyer berichtet, dass in allen Fraktionen der Vorschlag des Jugendparlamentes positiv aufgenommen wurde. Seine Fraktion schlage zur Verbesserung des Freizeitangebotes der Jugendlichen in Bramsche vor, eine stadtteigene Fläche für den Dirlpark vorzusehen. Er halte den Bereich in der Nähe des DLRG Hauses am Haseesee, der einmal als neuen Standort für den Kindergarten St. Martin vorgesehen war, für geeignet.

RM Quebbemann bestätigt, dass die Initiative für den Dirlpark vom Jugendparlament ausgegangen sei und seine Fraktion die Zusammenarbeit mit den Jugendlichen und die im Fachausschuss vorgestellten sehr beeindruckenden Impulse auch weiter unterstützen wolle. Er sei der Meinung, dass die Diskussion über einen möglichen Standort zu einem späteren Zeitpunkt geführt werden solle um den Jugendlichen nicht vorweg zu greifen. Grundsätzlich solle aktuell nur der Grundsatzbeschluss gefasst werden und alles weitere den Fachleuten überlassen werden.

RV Brinkhus lässt über den in der Sitzung des Ausschusses für Soziales und Sport geänderten Beschlussvorschlag abstimmen:

Der Rat der Stadt Bramsche spricht sich grundsätzlich für die Idee des Jugendparlaments zur Errichtung eines Dirlparks in Bramsche aus. Die Verwaltung wird beauftragt, gemeinsam mit den Vertretern des Jugendparlaments ein entsprechendes Umsetzungskonzept zu entwickeln. Hinsichtlich der Finanzierung sind alle Fördermöglichkeiten zu prüfen und ggf. zu beantragen. Zeitliches Umsetzungsziel ist 2022.

Abstimmungsergebnis: 35 Stimmen dafür
 0 Stimmen dagegen
 1 Enthaltung

TOP 9 Antrag des Ortsrates Lappenstuhl auf Bereitstellung von WP 16-21/1007
Planungskosten und des städtischen Eigenanteils für
den Radweg Lappenstuhl/Wittenfelde

RM Bergander erläutert kurz die Vorlage.

RM Sieksmeyer halte es für wichtig, dass in den nächsten Jahren in die Radwege-Infrastruktur investiert werde. Und dieses umso mehr, wenn auf eine Förderung zurückgegriffen werden könne. Er schlägt nach weiteren Erläuterung vor, dass zukünftig ein fester Ansatz dafür im Haushalt berücksichtigt werden sollte.

RM Marewitz begründet ausführlich den Grund für die Antragstellung im Ortsrat Lappenstuhl.

RM Staas-Niemeyer teilt mit, dass ihre Fraktion grundsätzlich die Förderung von Radverkehr befürworte und daher dem Antrag zustimmen werde. Allerdings erfolge dieses mit großen Bedenken, da für den Radweg nicht die Kommune, sondern das Land zuständig sei. Außerdem sei aus ihrer Sicht eine andere Priorität wichtiger. Es sollten zunächst die Bramscher Schulwege sicherer zu machen.

RM Hundeling erklärt für seine Fraktion, dass diese dem Antrag nicht zustimmen werde, da zum jetzigen Zeitpunkt noch keine Zusagen für den künftigen Haushalt gemacht werden sollten. Auch in seiner Fraktion sei man der Meinung, dass die Priorität des beantragten Radweges nicht so hoch gewichtet sei, wie andere Maßnahmen.

RV Brinkhus lässt über den Antrag des Ortsrates Lappenstuhl abstimmen.

Abstimmungsergebnis: 28 Stimmen dafür
9 Stimmen dagegen
0 Enthaltungen

TOP 10 Radverkehrstauglicher Ausbau des Betriebsweges am WP 16-21/0986
Stichkanal Osnabrück

Beschlussvorschlag:

Vorbehaltlich der Bereitstellung der erforderlichen Haushaltsmittel im Haushalt 2022 beteiligt sich die Stadt Bramsche am radverkehrstauglichen Ausbau des Betriebsweges am Stichkanal Osnabrück auf der Westseite auf einer Länge von 2,2 km bei anteiligen Baukosten von 700.000,-€ und einem Fördersatz von 90 % mit einem Eigenanteil von 70.000,-€. Die Baumaßnahme soll im Jahre 2022 erfolgen.

RM Bergander erläutert kurz die Vorlage.

RM Märkl erklärt, dass ihre Fraktion der Vorlage zustimmen werde, bitte aber darum die Querung des Radweges über die geplante Brücke der K 165 um eine Brücke vorzuverlegen, da auf der geplanten Brücke kein Radweg vorhanden und Begegnungsverkehr kaum möglich sei.

BGM Pahlmann könne grundsätzlich verstehen, dass der Wunsch nach einer Verlegung des Radweges auf die Ostseite, ab der südlichen Nachbarbrücke der Überquerung über die K 165 bestehe. Hierbei müsse aber berücksichtigt werden, dass der Radweg eine Mindestbreite von 3 Metern, plus jeweils 50 cm Bankette habe und somit mindestens eine Breite von 4 Metern benötige. Sonst sei eine

Förderung nicht möglich. Dieses habe aber zur Folge, dass auf diesem Abschnitt eine zweistellige Anzahl von gesunden Eichen gefällt werden müssten. Außerdem ist zu berücksichtigen, dass der östliche Seitenweg in einem durchaus akzeptablen Zustand sei. Im Bereich der Kanalbrücke der K 165, sei zudem hinter der Leitplanke eine Breite von ca. 120 cm vorhanden, so dass dort eine sichere Querung möglich sei. Unter Abwägung aller Gesichtspunkte könne er einer Verlegung des Radweges auf die Ostseite nicht zustimmen.

Nach weiterer kurzer Diskussion lässt RV Brinkhus über den o.g. Beschlussvorschlag abstimmen.

Abstimmungsergebnis: 37 Stimmen dafür
0 Stimmen dagegen
0 Enthaltungen

TOP 11 Bebauungsplan Nr. 99 „Südlich des Mittellandkanals“, WP 16-21/0995
3. Änderung
- Satzungsbeschluss gem. § 10 Baugesetzbuch (BauGB)
i.V.m. § 13a BauGB
- Bezugsvorlagen: WP 16-21/0540 u. WP 16-21/0792

Beschlussvorschlag:

1. Die im Rahmen des Planverfahrens vorgebrachten und - soweit abwägungsbeachtlich - in der beigefügten Anlage aufgelisteten Anregungen und Hinweise werden zur Kenntnis genommen und jeweils entsprechend der Spalte „Abwägung/Beschlussempfehlung“ beschieden. Die in der Anlage aufgeführten Stellungnahmen sind Bestandteil des Satzungsbeschlusses.
2. Die 3. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 99 „Südlich des Mittellandkanals“ wird gemäß § 10 BauGB in der vorliegenden Fassung als Satzung und zusammen mit der dazugehörigen Begründung beschlossen.
3. Der Geltungsbereich im Teilbereich I wird auf den Flurstücken 55/7 und 7/46 um rd. 20,00 m in Richtung Norden und auf dem Flurstück 7/47 um rd. 15,00 m in Richtung Süden erweitert. Die vorgenannten Flurstücke befinden sich in der Flur 11 der Gemarkung Engter.

RM Bergander erläutert kurz die Vorlage.

RV Brinkhus lässt über den o.g. Beschlussvorschlag abstimmen.

Abstimmungsergebnis: 37 Stimmen dafür
0 Stimmen dagegen
0 Enthaltungen

TOP 12 Bebauungsplan Nr. 174 "Gartenweg" mit örtlichen WP 16-21/1002
Bauvorschriften
- Satzungsbeschluss gem. § 10 Baugesetzbuch (BauGB)
i.V.m. § 13a BauGB
- Bezugsvorlage WP 16-21/0626, WP 16-21/0783, WP
16-21/0783-1, WP 16-21/0903 und WP 16-21/0967

Beschlussvorschlag:

4. Die im Rahmen des Planverfahrens vorgebrachten und - soweit abwägungsbeachtlich - in der

beigefügten Anlage aufgelisteten Anregungen und Hinweise werden zur Kenntnis genommen und jeweils entsprechend der Spalte „Abwägung/Beschlussempfehlung“ beschieden. Die in der Anlage aufgeführten Stellungnahmen sind Bestandteil des Satzungsbeschlusses.

5. Der Bebauungsplan Nr. 174 „Gartenweg“ wird gemäß § 10 BauGB in der vorliegenden Fassung als Satzung und zusammen mit der dazugehörigen Begründung beschlossen.

RM Bergander erläutert kurz die Vorlage. Im Ergebnis teilt er mit, dass die langwierigen Verhandlungen zu dem Ergebnis geführt haben, dass der Investor in einem etwas eingeschränkterem Maße bauen könne, als ursprünglich geplant, der angrenzende Betrieb bleibe dabei in seinem Bestand gesichert.

RM Sieksmeyer bemängelt, dass durch das Bauvorhaben ein Bolzplatz für die Jugendlichen verloren gehe. Seine Fraktion habe in der Vergangenheit gefordert, dass eine Ersatzfläche dafür gesucht werden solle, die sei bisher jedoch nicht gefunden worden. Die Art der Bebauung sei ebenfalls von Seiten seiner Fraktion als unangemessen betrachtet worden, da man sich aufgrund der angrenzenden Bebauung besser ein 6 – 8 Familienhaus hätte vorstellen können. Seine Fraktion werde dieser Vorlage nicht zustimmen.

RV Brinkhus lässt über den o.g. Beschlussvorschlag abstimmen.

Abstimmungsergebnis: 23 Stimmen dafür
 6 Stimmen dagegen
 8 Enthaltungen

TOP 13	Städtebauförderung Wachstum und nachhaltige Erneuerung "Bramsche - Bahnhofsumfeld" Hier: Grundsatzbeschluss "Masterplan Bahnhofsumfeld"	WP 16-21/1010
TOP 13.1	Städtebauförderung Wachstum und nachhaltige Erneuerung "Bramsche - Bahnhofsumfeld" Hier: Grundsatzbeschluss "Masterplan Bahnhofsumfeld"	WP 16-21/1010-1

Beschlussvorschlag:

1. Der Masterplan in der Fassung Stand Juni 2021 mit dazugehörigen Fachplanungen wird als Leitfaden und Grundlage für die Neuordnung des Bahnhofsumfeldes beschlossen.
2. Die Stadt Bramsche beabsichtigt im Grundsatz, die Einzelmaßnahmen, die im Masterplan bzw. in der Kosten- und Finanzierungsübersicht zu den jeweiligen Programmanmeldungen „Bahnhofsumfeld“ entwickelt bzw. aufgestellt wurden vorbehaltlich der Zurverfügungstellung von Haushaltsmitteln umzusetzen.
3. Auf Grundlage des Masterplanes ist ein weiteres Bürgerbeteiligungsverfahren im Rahmen einer Präsenzveranstaltung durchzuführen.

4. Im Zuge der Bauleitplanung soll der Anteil an Einfamilienhäusern, Reihenhäusern und Doppelhäusern nennenswert erhöht werden.

RM Bergander erläutert kurz die Vorlage.

RM Sieksmeyer erklärt, dass seine Fraktion Bündnis 90/Die Grünen grundsätzlich den vorgestellten Masterplan unterstütze, jedoch in zwei Punkten Verbesserungsbedarf sehe. Er erläutert ausführlich die Überlegungen seiner Fraktion. Es sollte ein energetisches Konzept in Bezug auf den Anschluss des Bereiches an eine Nahwärmeversorgung erstellt werden. Weiterhin sollte der Erhalt des geschützten Weiden-Sumpfwald Biotops am Ende der Gerhart-Hauptmann-Straße untersucht und dargestellt werden. Seine Fraktion sei nicht einverstanden mit dem neu aufgenommenen Punkt 4 des Beschlussvorschlages und er erläutert ausführlich die Gründe dafür.

RM Bergander stellt klar, dass es sich bei dem Masterplan lediglich um die Umsetzung der Idee des Wettbewerbes handele. Alle weiteren Planungen und aufgeworfenen Fragen werden auf der Ebene der Bauleitplanung abgearbeitet und nicht auf der Ebene des Masterplanes.

RM Staas-Niemeyer erklärt, dass ihre Fraktion den Masterplan ebenfalls für eine hervorragende Planung, jedoch die sehr verdichtete Bebauung als kritisch ansehe. Auch wenn es sich hier um einen neuen Stadtteil handele, sei der Bramscher Berg überwiegend von Einfamilienhäusern geprägt. Im Vorschrift der Ausschreibung war ein Anteil an Einfamilienhäusern von ca. 30 % vorgesehen. In der Sitzung des Preisgerichtes sei das Einfamilienhaus vermisst worden. Im Protokoll dieser Sitzung werde erwähnt, dass der Entwurf Potential zur Veränderung bieten würde. Der jetzt vorgelegte Masterplan beinhalte jetzt von 459 Wohneinheiten exakt 10 Einfamilienhäuser. Daher sei im Fachausschuss der Antrag ihrer Fraktion unter Nr. 4 im Beschlussvorschlag aufgenommen worden.

RM Quebbemann macht noch mal deutlich, dass das Fehlen der Einfamilienhäuser bereits durch das Preisgericht angesprochen wurde. Es sei unbedingt darauf zu achten, dass eine gesunde Mischung von allen sozialen Schichten in dem neuen Stadtteil angesiedelt werde, damit es nicht zu Problemen komme. Seine Fraktion sei daher ebenfalls der Meinung, dass der Anteil der Einfamilien-, Reihen- und Doppelhäuser erhöht werden sollte.

RM Sieksmeyer beantragt für seine Fraktion, über die Punkte des Beschlussvorschlages einzeln abzustimmen und die nachfolgende Formulierung als zusätzlichen Punkt 5 der Beschlussvorlage 1010-1 hinzuzufügen:

„Bei dem städtebaulich-freiraumplanerischen Entwurf sollte alternativ der Erhalt des geschützten Weiden-Sumpfwald Biotops am Ende der Gerhart-Hauptmann-Straße untersucht und dargestellt werden.“

RV Brinkhus lässt über Nr. 1 des Beschlussvorschlages abstimmen.

Abstimmungsergebnis:
37 Stimmen dafür
0 Stimmen dagegen
0 Enthaltungen

RV Brinkhus lässt über Nr. 2 des Beschlussvorschlages abstimmen.

Abstimmungsergebnis: 37 Stimmen dafür
0 Stimmen dagegen
0 Enthaltungen

RV Brinkhus lässt über Nr. 3 des Beschlussvorschlages abstimmen.

Abstimmungsergebnis: 37 Stimmen dafür
0 Stimmen dagegen
0 Enthaltungen

RV Brinkhus lässt über Nr. 4 des Beschlussvorschlages abstimmen.

Abstimmungsergebnis: 32 Stimmen dafür
5 Stimmen dagegen
0 Enthaltungen

RV Brinkhus lässt über die, durch die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen eingefügte Nr. 5 abstimmen.

Abstimmungsergebnis: 5 Stimmen dafür
32 Stimmen dagegen
0 Enthaltungen

TOP 14 Städtebauförderung Wachstum und nachhaltige WP 16-21/1009
Erneuerung "Bramsche - Erweiterung Bahnhofsumfeld"
Hier: Bewilligung der vorbereitenden Untersuchungen
gem. § 141 Baugesetzbuch (BauGB)

Beschlussvorschlag:

1. Als Grundlage für die vorbereitenden Untersuchungen zur Arrondierung des Bahnhofsumfeldes wird das integrierte städtebauliche Entwicklungskonzept zustimmend zur Kenntnis genommen.
2. Der Bericht über das Ergebnis der vorbereitenden Untersuchungen „Arrondierung Bahnhofsumfeld“ in der vorliegenden Fassung (Hier: Kosten- und Maßnahmenübersicht, Erneuerungskonzept und Vorschlag zur Abgrenzung der Arrondierung des Sanierungsgebietes Bahnhofsumfeld) wird gebilligt.
3. Die Stadt Bramsche beabsichtigt, die Einzelmaßnahmen, die im Erneuerungskonzept bzw. in der Kosten- und Finanzierungsübersicht des Berichtes zu den vorbereitenden Untersuchungen „Arrondierung Bahnhofsumfeld“ entwickelt bzw. aufgestellt wurden, durchzuführen.
4. Der Rat der Stadt Bramsche hat am 03.12.2020 zudem den Beschluss über die Beteiligung und Mitwirkung der Betroffenen gemäß § 137 BauGB bezüglich der vorbereitenden Untersuchungen der „Erweiterung Bahnhofsumfeld“ gefasst. Dieser Beschluss wurde am 29.04.2021 öffentlich bekannt gemacht. Der Bericht über das Ergebnis der vorbereitenden Untersuchungen wurde im Rahmen einer Online-Bürgerbeteiligung vom 30.04. – 21.05.2021

der Öffentlichkeit vorgestellt. Ferner wurde den Bürgerinnen und Bürgern die Gelegenheit gegeben, aufgrund der coronabedingten erschwerten Rahmenbedingungen, persönliche Einzeltermine im Rathaus der Stadt Bramsche am 10./11./12.05.2021 zu vereinbaren. Die vorgebrachten Anregungen aus der Beteiligung und Mitwirkung der Betroffenen gem. § 137 BauGB und aus der Beteiligung und Mitwirkung öffentlicher Aufgabenträger gem. § 139 BauGB wurden behandelt. Die Stadt Bramsche wird die von Behörden und Aufgabenträgern eingereichten Anregungen sowie die Anregungen der Bürger*innen in der weiteren Planung berücksichtigen.

5. Die Abwägung der Stellungnahmen aus der Beteiligung der Träger öffentlicher Belange sowie der Beteiligung der Öffentlichkeit (als Ersatz für eine Bürgerversammlung) sind Bestandteil der Vorlage.
6. Die Stadt Bramsche erklärt die grundsätzliche Bereitschaft, den durch die Einnahmen und durch Städtebauförderungsmittel des Landes und des Bundes nicht gedeckten Teil der Ausgaben für die Finanzierung der städtebaulichen Erneuerungsmaßnahme „Bramsche – Arrondierung Bahnhofsumfeld“ gemäß der Kosten- und Finanzierungsübersicht der vorbereitenden Untersuchungen aufzubringen. Die Bereitstellung der Finanzmittel erfolgt unter Berücksichtigung der finanziellen Rahmenbedingungen im jeweiligen Haushaltsjahr.

RM Bergander erläutert kurz die Vorlage.

RM Sieksmeyer beantragt für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen unter Punkt 2 der Beschlussvorlage nachfolgende Formulierung zu ergänzen:

„Für die nordöstliche Erweiterungsfläche sollen die bestehenden Mischgebietsausweisungen beibehalten und Bestandteil des künftigen Nutzungskonzeptes sein.“

RM Sieksmeyer erklärt dazu, dass seine Fraktion der Auffassung sei, dass die Weiterentwicklung der Bestandsnutzung nur durch den Erhalt des bestehenden Mischgebietes erreicht werden könne. Es sei bekannt, dass in dem Bereich der ansässige Hotel- und Gastronomiebetrieb erweitern möchte und eine heranrückende Wohnbebauung ähnliche Konflikte heraufbeschwören würde, wie im Bereich des Bebauungsplanes „Gartenweg“ in Engter. Dies sollte von vornherein vermieden werden.

LSBD Greife erklärt dazu, dass es hierbei um das Ergebnis der vorbereitenden Untersuchung gehen würde. Der Antrag des Herrn Sieksmeyer sei auch auf eine bauleitplanerische Festsetzung bezogen. LSBD Greife habe sich in der Bürgerfragestunde sehr deutlich zu dieser Frage geäußert. Es sei verfrüht zu diesem Zeitpunkt einen Beschluss zu fassen. Es spreche vieles dafür, so habe er in der Ausschusssitzung gesagt, dass es in dem Bereich später ein Mischgebiet geben werde. Die Verwaltung empfehle dem Rat die weiteren Planungen abzuwarten, denn sie werde diese Flächen mit Augenmaß und einem sehr guten Konzept entwickeln. Dieses werde dem Rat nach der hoffentlichen Aufnahme dieses Gebietes in den Bereich „Bahnhofsumfeld“ präsentiert. Zum jetzigen Zeitpunkt wäre der Beschluss einer Festsetzung nicht erforderlich und auch falsch.

RV Brinkhus lässt über den Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen abstimmen.

Abstimmungsergebnis:
6 Stimmen dafür
31 Stimmen dagegen
0 Enthaltungen

RV Brinkhus lässt über den o.g. Beschlussvorschlag abstimmen.

Abstimmungsergebnis: 23 Stimmen dafür
 1 Stimmen dagegen
 13 Enthaltungen

TOP 15 Beantwortung von Anfragen

Die Beantwortung von Anfragen und Anregungen liegt allen Ratsmitgliedern vor.

TOP 16 Anfragen und Anregungen

Keine.

TOP 17 Einwohnerfragestunde

Keine.

Roswitha Brinkhus
Vorsitzende

BGM Heiner Pahlmann
Verwaltung

Esther Lüßenheide
Protokollführer